

Niederschrift
über die **13. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am Dienstag, 19. November 2013, 17:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Esther Kalveram, Vorsitzende, SPD
Judith Boczkowski, Mitglied, SPD
Heidemarie Reimann, Mitglied, SPD (Vertretung für Barbara Bogdon)
Monika Sprafke, Mitglied, SPD
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grü + GLO
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Karl Schöberl, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Anja Lipschik)
Norbert Hornemann, Mitglied, CDU
Bodo Schild, Mitglied, CDU
Brigitte Thiel, Mitglied, CDU (Vertretung für Jutta Schwalm)
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme

Altan Tanyeri, Vertreter des Ausländerbeirates
Manfred Aul, Vertreter des Seniorenbeirates
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat

Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Donald Strube, 2. stellvertretender Vorsitzender, parteilos
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD
Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Ute Pähns, Sozialamt
Detlev Ruchhöft, Sozialamt

Tagesordnung:

1. Anstieg Sozialleistungen 101.17.1093
2. Bericht: Angebote der Wohnungswirtschaft über Maßnahmen zum
barrierefreien Ausbau der Wohnungen und zur Verbesserung des
Zusammenlebens von Menschen mit Unterstützungsbedarf 101.17.1105

Vorsitzende Kalveram eröffnet die mit der Einladung vom 12.11.2013 ordnungsgemäß einberufene 13. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

1. Anstieg Sozialleistungen
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1093 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist der in der Ausgabe „Städtetag aktuell 6/2013“ auf Seite 3 dargestellte Anstieg von Sozialleistungen in Deutschland im Verhältnis auch in Kassel zu verzeichnen bzw. auf die Entwicklung in Kassel übertragbar?
2. Wenn ja, wodurch ist diese Entwicklung in Kassel begründet?
3. Welche Art von Sozialleistungen haben diesen Anstieg in Kassel hervorgerufen?

Stadtverordneter Schild, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage seiner Fraktion.
Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Anfrage und sagt die schriftliche Antwort als Anlage zur Niederschrift zu. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von ihm und Detlev Ruchhöft, Amtsleitung Sozialamt, beantwortet.

Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Dr. Barthel und Detlev Ruchhöft, Amtsleitung Sozialamt, erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

2. Bericht: Angebote der Wohnungswirtschaft über Maßnahmen zum barrierefreien Ausbau der Wohnungen und zur Verbesserung des Zusammenlebens von Menschen mit Unterstützungsbedarf
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne
- 101.17.1105 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, die großen öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften einzuladen, im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport über ihre Maßnahmen zum barrierefreien Ausbau der Wohnungen und zur Verbesserung des Zusammenlebens von Menschen mit Unterstützungsbedarf in deren Wohnumfeld zu berichten.

Stadtverordneter Koch, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Bericht:
Angebote der Wohnungswirtschaft über Maßnahmen zum barrierefreien Ausbau der
Wohnungen und zur Verbesserung des Zusammenlebens von Menschen mit
Unterstützungsbedarf, 101.17.1105, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Sprafke

Ende der Sitzung: 17:25 Uhr

Esther Kalveram
Vorsitzende

Andrea Herschelmann
Schriftführerin

Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.08.2013
Vorlage Nr. 101.17.1093
Anstieg Sozialleistungen



1. Frage:

Ist der in der Ausgabe „Städtetag aktuell 6/2013“ auf Seite 3 dargestellte Anstieg von Sozialleistungen in Deutschland im Verhältnis auch in Kassel zu verzeichnen bzw. auf die Entwicklung in Kassel übertragbar?

Antwort:

Die dargestellte Grafik der Sozialleistungen beruht auf einer manuellen Berechnung des Städtetages. Es ist nicht erkennbar oder erläutert, welche Sozialleistungen als Grundlagen herangezogen wurden. Dennoch kann in der Tendenz ein vergleichbarer Anstieg der Sozialleistungen in Kassel verzeichnet werden, siehe Grafik zur Frage 4.

2. Frage:

Wenn ja, wodurch ist diese Entwicklung begründet?

Antwort:

Durch die Länge des Betrachtungszeitraumes ist es nicht möglich, die Entwicklung auf eine konkrete Ursache zurückzuführen. Die Entwicklung wird durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Beispielsweise wirken sich bei einer Betrachtung von 30 Jahren die jährlichen inflationsbedingten Anpassungen (Regelleistungserhöhungen, Kostensteigerungen) spürbar aus. Aber auch gesetzliche Veränderungen und die allgemeine konjunkturelle Entwicklung führen zu signifikanten Veränderungen in je nach Leistungsart unterschiedlicher Ausprägung. Beispielsweise hat sich die Anzahl der Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen bezogen auf 1.000 Einwohner von 38 in 1982 auf 97 in 2004 mehr als verdoppelt.

3. Frage:

Welche Art von Sozialleistungen haben diesen Anstieg in Kassel hervorgerufen?

Antwort:

Die Sozialhilfeaufwendungen haben sich von 14,4 Mio. € in 1981 auf 88,4 Mio. € (SGB XII-statistische Nettoaufwendungen und Zuschussbedarf kommunaler Leistungen SGB II) im Jahr 2012 entwickelt. Während die kommunalen Leistungen SGB II in den letzten Jahren tendenziell rückläufig sind, entwickeln sich innerhalb der Leistungen des SGB XII die Bereiche Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiAE), Hilfe zur Pflege und Hilfe zum Lebensunterhalt sehr dynamisch. Die Bundeserstattung der GSiAE ist daher ein erster Schritt zur Entlastung der Kommunen, hier besteht allerdings weiterer Handlungsbedarf.

Die Jugendhilfeaufwendungen lagen laut den Daten des hessischen statistischen Landesamtes 1991 bei 34,8 Mio. € und stiegen bis 2011 stetig auf 85,0 Mio. € an. Insgesamt und in Aufwendungen pro Einwohner handelt es sich hierbei um den größten Einflussfaktor.

4. Frage:

Wie sieht die Entwicklung für Kassel in diesem Zeitraum konkret aus?

Antwort:

Die folgende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Sozialleistungen in Kassel. Dargestellt sind die Kosten pro Einwohner unter Berücksichtigung der Nettoaufwendungen für Sozialhilfe, Jugendhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und den kommunalen Leistungen SGB II. Daten zur Jugendhilfe lagen erst seit 1991 vor, was den hohen Anstieg in diesem Jahr 1991 erklärt. Das Asylbewerberleistungsgesetz wurde 1993 eingeführt, Statistikdaten lagen ab 1994 vor. Da für die Jugendhilfe noch kein Ergebnis für 2012 vorliegt, wurde die Grafik nur bis 2011 abgebildet.




Dr. Barthel
Stadtkämmerer